



Seite 3:
Jan Korte fordert die Überarbeitung des
Gebäudeenergiegesetzes



Seite 6:
75 Jahre Friedensfahrt



Seite 7:
Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

DIE LINKE ZEITUNG

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

06/2023

Spende erbeten



9. Landesparteitag in Aschersleben

Foto: privat

9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. in Aschersleben

Henriette Krebs, Kreisvorsitzende

Gut 140 Delegierten fanden sich am 3. Juni 2023 zum 9. Landesparteitages im Bestehornhaus in Aschersleben ein. Der Kreisverband Salzlandkreis durfte als Gast-Kreis durch die Kreisvorsitzende Henriette Krebs den Parteitag eröffnen. Genossin Krebs ging in ihrer Eröffnungsrede zugleich auf den Kern des Parteitages ein: die Kommunalpolitik. Mit über 90 linken Mandatsträgern vom Ortschafts-, Verbandsgemeinde-, Stadt- und Kreistag sowie etlichen Ortschaftsbürgermeistern und einer Oberbürgermeisterin ist der Salzlandkreis kommunal stark verankert und will dies 2024 auch weiterhin bleiben. In ihrer Rede stellte Genossin Krebs einige erfolgreiche kommunale Projekte vor, wovon der Bürgerbudget in Bernburg nur eines von vielen kleinen und großen Erfolgen war. Auf die Herausforderungen kommunalpolitischen Handelns gingen der Oberbürgermeister Steffen Amme aus Aschersleben und die linke Oberbürgermeisterin Dr. Silvia Ristow aus Bernburg ein und richteten auch einen Appell an das Land die Kommunen mit ihren Aufgaben nicht allein zu lassen. Diesen Gedanken griff die Fraktionsvor-

sitzende der Landtagsfraktion Eva von Angern in ihrer Rede zum Leitantrag „Land. Leben. Zukunft!“ auf und unterstrich noch einmal, dass wir mit vielen guten Kandidatinnen und Kandidaten, Alt und Jung, erfahren und unerfahren gleichermaßen, in den Kommunalwahlkampf 2024 starten müssen. Ein deutliches Aufbruchsignal war spürbar.

Die Aufbruchstimmung nahm in nachfolgender Debatte angesichts der beträchtlichen Menge an Änderungsanträgen am Leitantra ein wenig ab. Allein aus Magdeburg gab es über 70 Änderungsanträge. Letztendlich konnten sich die Delegierten aber mittels Stimmabgabe schnell für oder gegen Änderungen am Leitantrag einigen und der Leitantrag „Land. Leben. Zukunft!“ konnte mehrheitlich verabschiedet werden. Spannend wurde es abermalig zur Wahl des Co-Landesvorsitzenden. Während die Kandidatur von Hendrik Lange aus Halle schon länger bekannt war, geisterte die Kandidatur von Rolf Schürmer aus Stendal eher als Gerücht herum. Während der Genosse Lange mit einer klaren Haltung und kommunalpolitischer Erfahrungen

punktete, versuchte es der Genosse Schürmer mit einer mitreißenden Rede. Am Ende entschieden sich 92 Delegierte für Hendrik Lange und 24 Delegierte für Rolf Schürmer. Mit 70,2 % wurde der Genosse Lange damit zum Co-Landesvorsitzenden an der Seite von Janina Böttger gewählt.

Hitzig wurde es dann zum Ende des Parteitages. Die Linksjugend beantragte Solidarität mit der verurteilten Lina E. und ihren 3 Mitverurteilten als Antifaschisten. Dem gegenüber gab es einen weitreichenden Änderungsantrag von Wulf Gallert und mehreren Kreis- und Stadtverbänden, der fälschlicherweise als Ersetzungsantrag deklariert wurde. Es entbrannte eine emotionale Debatte zwischen den älteren und jüngeren Delegierten, was Antifaschismus sei und ob Antifaschismus nur gewaltfrei oder auch mit Mitteln der Gewalt gegen Andere erkämpft werden durfte. Letztendlich beschlossen die Delegierten mit knapper Mehrheit und sichtlich erschöpft den weitreichenden Änderungsantrag von Gallert mit etlichen Änderungen der Linksjugend als gemeinsamen Kompromiss.

Ein Kommentar zum Landesparteitag

Tim Biermordt, stellv. Kreisvorsitzender

Der 9. Landesparteitag in Aschersleben stand in seinem ganz eignen Zeichen, dennoch gab es ein mediales Echo. Allerdings mit wenig Bezug zu seiner eigentlichen Aufgabe.

Nämlich die Kommunalwahl im Jahr 2024.

Die Wahl vom Genossen Hendrik Lange MdL wurde in den Medien thematisiert, wenn auch recht kurz, war dies erstmal ein erfreuliches Signal. Nachdem der Genosse Stefan Gebhardt MdL vor einem Jahr nach gut einer Woche zurückgetreten war.

Dennoch fehlte die richtige Aufbruchstimmung. Ein Grund dafür könnte die schwache Bewerbungsrede des Genossen Lange gewesen sein. Denn sein Kontrahent Rolf Schürmer hatte eine deutliche mitreißendere Rede vorbereitet. Dabei wurde über seine Kandidatur in den letzten Monaten häufig spekuliert, bis er schließlich auf dem Landesparteitag mit einer „Überraschung“ um die Ecke kam. Allerdings klang die Rede des Genossen Schürmer eher wie eine Illusion der Zukunft – natürlich nicht zuletzt eine Kampfansage – dennoch setzte er sich nicht durch. In der Rede des Genossen Lange erkannte man eine klare realpolitische Linie und seine kommunalpolitischen Erfahrungen. Diese könnte uns im nächsten Jahr viel nützen. Dennoch hätte ein bisschen mehr Kraft seine Bewerbungsrede gutgetan.

Aber worin lag nun das Problem? Naja, schließlich in der Unstimmigkeit über praktizierten Antifaschismus. Die Linksjugend LSA hatte zum 9. Landesparteitag einen Antrag eingereicht, welcher zur Solidarität mit, der am 31. Mai verurteilten Antifaschistin, Lina E. aufgerufen hat. Dieser Antrag sorgte schon im Vorfeld für Angst bei unseren Landesfunktionären. Denn an irgendwelchen Textstellen im Antrag wurde interpretiert, dass sich der Parteitag mit Gewalt solidarisiert. Was jedoch in keiner Textzeile des ursprünglichen Antrags erwähnt wurde. Es ging lediglich um die Solidarität mit Lina E. sowie drei weiteren Antifaschisten, welche zu Unrecht nach §129 „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ verurteilt wurden. Denn in diesem gesamten Prozess zur Gruppe um Lina E. stützt sich die Anklage auf Aussagen eines sogenannten Kronzeugen und den §129. Der Antrag der Linksjugend LSA solidarisierte sich mit den zu Unrecht verurteilten Antifaschisten und forderte einen fairen Prozess mit vernünftiger Beweislage. Da dieser Antrag der Jugend bei einigen Funktionären anscheinend saure Galle aufstoßen ließ, gab es einen „Ersetzungsantrag“ von ihnen. Dieser Antrag änderte den völligen Inhalt des Ursprungsantrages und lenkte das Thema auf völlig für sich stehende Bereiche. Dieser Antrag sorgte für Unmut bei der Jugend und

somit für Änderungsanträge. Unsere Geschäftsordnung kennt übrigens keine Ersetzungsanträge, lediglich Änderungsanträge und diese zielen meist nicht darauf ab den kompletten Kern eines Antrags zu ersetzen. Weswegen die richtige Handhabung für den „Ersetzungsantrag“ eigentlich die Nichtbehandlung dessen gewesen wäre. Dennoch konnte man sich auf einige Änderungsanträge im „Ersetzungsantrag“ einigen. So auch die Passage: „[...] und solidarisieren uns mit linkenpolitischen Gefangenen.“ Es wurde dann über den „Ersetzungsantrag“ mit den Änderungen abgestimmt und wurde in geänderter Fassung dann auch angenommen. So wurde ein guter gesamtparteilicher Kompromiss gefunden. Zum Leidwesen des eigentlichen Sinnes des Landesparteitags erging in den Medien lediglich die Nachricht, dass Genosse Lange zum Co-Vorsitzenden gewählt wurde und die Zerstrittenheit über praktischen Antifaschismus. So jedenfalls meiner Meinung nach. Hätte dieses negative Echo vermieden werden können, wenn sich der Landesvorstand bereit erklärt hätte einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten. Der „Ersetzungsantrag“ hat uns mehr geschadet als genutzt.

Jan Korte fordert Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter

Jan Korte fordert die SPD/GRÜNE/FDP-Koalition auf, ihren Gesetzesentwurf für das umstrittene Heizungsaustauschgesetz zurückzuziehen und so schnell es geht komplett zu überarbeiten.

Jan Korte: „Dieses im Kern höchst unsoziale Heizungsgesetz darf im Bundestag keine Mehrheit finden. Kanzler Scholz sollte die Notbremse ziehen und dieses Verarmungsgesetz für weite Teile der Bevölkerung beerdigen.“

Mit Blick auf die finanzielle Situation vieler Bürgerinnen und Bürger macht Jan deutlich: „Ein Großteil der Menschen muss angesichts der hohen Inflation, gestiegener Energiekosten, geringer Löhne und kleiner Renten jeden Euro mehrmals umdrehen. Das Thema drängt und die Koalition lähmt alles mit ihren internen Machtspielen. Passiert aber nicht bald etwas, wird es für Mieterinnen und Mieter noch teurer und das Haus ist nicht mehr beheizbar. Deshalb muss jetzt schnell ein vernünftiger und sozialer Gesetzesentwurf vorgelegt werden.“

Er fordert deshalb im Gesetz eine deutliche

Ausweitung der Förderung des Heizungstausches und der energetischen Sanierung, die nach Einkommen gestaffelt werden müsse. „Der Heizungstausch darf für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer mit kleinem Geldbeutel und ohne Ersparnisse nicht zu einer existenziellen Frage werden. Und er darf auch nicht zu einem weiteren Mietenanstieg führen. Deshalb muss der Schutz der Mieterinnen und Mieter entsprechend verstärkt werden.“

Damit durch Heizungstausch und Sanierungsmaßnahmen für Mieter keine Mehrbelastungen entstehen, müsse die Modernisierungsumlage, die bislang die unbefristete Umlage von Modernisierungskosten auf die Mieter - auch über die Investitionskosten hinaus - ermöglicht, abgeschafft werden. Auch auf die finanziell chronisch klammen Landkreise, Städte und Dörfer kämen hohe Investitionen zum Beispiel für Gemeindehäuser, Kitas, Schulen und Krankenhäuser zu, warnt unser Abgeordneter.

„Damit die Wärmewende gelingt müssen des-

halb die Kommunen bei der Planung und Umsetzung eingebunden und finanziell sowie organisatorisch unterstützt und befähigt werden“, so unser Linkspolitiker abschließend.



Unser MdB Jan Korte; Foto: Jannis Hutt

Wahlkreistag in Staßfurt mit Jan Korte

Henriette Krebs, Wahlkreismitarbeiterin

Am Freitag, den 02. Juni lud Jan Korte zur öffentlichen Bürgersprechstunde in Staßfurt ein. Auch die Genossen nutzten die Gelegenheit um mit ihren Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Es ging um die eigene Partei, aber auch um den russischen Angriffskrieg. Bürgerinnen und Bürger kamen hinzu und äußerten ihre Sorgen zum geplanten Heizungsgesetz und berichteten über mögliche Konsequenzen. Unser Abgeordnete machte klar, dass es mit der LINKEN nur ein Heizungsgesetz geben würden, welches sozial verträglich ist und nicht zulasten der kleinen Häuslebauer sowie der Mieterinnen und Mieter gehen würde.

Anschließend ging es zum Treffen mit der neuen Staßfurter Gleichstellungsbeauftragten. Frau Ticay setzt sich zusammen mit den „In-

klusion Netz Staßfurt“ für die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe aller Menschen in Staßfurt ein. Mit der Übergabe einer 800-Euro-Spende aus dem Solidarfonds des Bundestagsvereins unserer Bundestagsfraktion unterstützte Jan auch dieses Jahr wieder die inklusiven Aktionstage vor Ort. Organisiert vom INS finden an mehreren Tagen ein buntes Programm für alle Menschen mit und ohne Beeinträchtigung statt und stärken so das Gemeinschaftsgefühl in der Stadt. Weiter ging es an diesen Tag noch zur Verkehrswacht in Staßfurt, die am 16.06.2023 auf ihr 30-jähriges Bestehen zurückblickt, und zum Kinderfest der Staßfurter Sport- und Karateschule von Michel Olschewski.



v.l. Jan Korte, Ralf-Peter Schmidt vom INS, Frau Ticay u. Klaus Magenheimer; Foto: privat

Zahl der Woche: 120 Milliarden Euro

ein Artikel aus der „ZEIT“

120 Milliarden Euro mehr an zusätzlichen Einnahmen hätte Deutschland zur Verfügung, wenn es Vermögen genauso stark besteuern würde wie Frankreich, Großbritannien oder die USA.

Darauf weist der Wirtschaftswissenschaftler Marcel Fratzscher in seiner Kolumne in der Zeit

vom 16.6.23 hin. „Die Staatsschulden waren nie höher und zugleich war die Daseinsvorsorge noch nie so schlecht, ob Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur. Die Frage, die sich die Politik stellen muss: Soll sie die Daseinsvorsorge weiter reduzieren und soll der Staat noch stärker von seiner Substanz leben? Oder will

sie die notwendigen öffentlichen Investitionen tätigen und diese durch effiziente Ausgaben und höhere Steuereinnahmen finanzieren?“

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-06/vermoegen-milliardaere-steuern-ungleichheit-deutschland/komplettansicht>

Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!

Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 10. Juni 2023

DIE LINKE als plurale sozialistische Partei ist eine historische Errungenschaft. Wir wollen sie als plurale Partei erhalten, Differenzen demokratisch unter dem Dach unserer Partei diskutieren und sie als moderne Gerechtigkeitspartei gemeinsam weiterentwickeln. Dafür brauchen wir Geschlossenheit, Solidarität und ein klares Profil.

Die öffentlichen Ankündigungen seitens unserer Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht, die Gründung einer konkurrierenden Partei zu prüfen, stellen die Einheit der LINKEN in Frage und schaden uns seit geraumer Zeit massiv. Diese Äußerungen verunsichern unsere Wählerinnen und Wähler und sind respektlos gegenüber unseren Mitgliedern, die sich jeden Tag in den Kreis- und Basisorganisationen und in den kommunalen Vertretungen für eine starke LINKE einsetzen. Unterdessen häufen sich parteiintern Berichte, dass bereits Vorbereitungen zur Gründung eines konkurrierenden Parteiprojektes getroffen werden.

Dagegen stellen wir klar: Demokratisch gefasste Beschlüsse sind die verbindliche Richtschnur für das Handeln der gesamten Partei, ihrer Fraktionen und öffentlichen Repräsentant*innen. Wir respektieren Minderheitsmeinungen innerhalb unserer Partei. Der Weg zur Änderung von Beschlüssen ist die Debatte in der Partei, in ihren demokratischen Organen und die Gewinnung von Mehrheiten für Entscheidungen. Wir laden alle dazu ein, mit uns auf Parteitag, in den entsprechenden Gremien und Verfahren um demokratische Mehrheiten zu ringen. Wenn einzelne sich aber systematisch über diese Mehrheiten hinwegsetzen und versuchen, der LINKEN durch öffentliche Einlassungen über die Medien sowie durch die Drohung mit der Gründung einer konkurrierenden Partei, einen anderen Kurs aufzuzwingen, sind das schlicht Erpressungsversuche.

Der Geschäftsführende Parteivorstand hat wiederholt, zuletzt am 25. Mai, das Gespräch mit Sahra Wagenknecht gesucht und schließlich von ihr gefordert, dass sie zeitnah und öffentlich von der Gründung eines konkurrierenden Parteiprojektes Abstand nimmt und entsprechende Vorbereitungen umgehend einstellt. Sahra Wagenknecht hat wiederholt erklärt, dass sie keine Perspektive mehr für die LINKE sieht. Sie ist der Aufforderung, eindeutig von einem konkurrierenden Parteiprojekt Abstand zu nehmen, bis heute nicht nachgekommen. Damit ist offensichtlich, dass sie nicht bereit ist, gemeinsam mit allen Genossinnen und Genossen in der Partei für eine

starke LINKE zu kämpfen und ihre demokratischen Verfahren zu respektieren. Klar ist daher: Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.

Alle Abgeordneten wurden auf Wahlvorschlag der LINKEN in die Parlamente gewählt. Sie wurden von den Mitgliedern in den Wahlkreisen und bei Listenaufstellungen in demokratischen Verfahren aufgestellt. Die Mitglieder der LINKEN haben den Wahlkampf geführt in dem Vertrauen, dass unsere Abgeordneten das Programm der LINKEN vertreten und sich ihm verpflichtet fühlen. Es ist ein Gebot des politischen Anstandes und der Fairness gegenüber den Mitgliedern unserer Partei, wenn diejenigen, die sich am Projekt einer konkurrierenden Partei beteiligen, konsequent sind und ihre Mandate zurückgeben. Es ist nicht akzeptabel, dass Ressourcen aus für DIE LINKE gewonnenen Mandaten für den Aufbau eines Konkurrenzprojektes genutzt werden. Denn wir alle stehen bei unseren Wähler*innen im Wort, uns in ihrem Sinne auch für das einzusetzen, was wir ihnen zur Wahl versprochen haben.

Unsere Partei wie die gesellschaftliche Linke insgesamt steht angesichts von sozialer Spaltung, Klimakatastrophe, Inflation und Krieg vor riesigen Herausforderungen. Viele sagen, es sei nicht mehr erkennbar, wofür die DIE LINKE steht. Diesen Eindruck werden wir ändern. Wir ergreifen klar Partei für die lohnabhängige Bevölkerung und wenden uns dagegen, unterschiedliche Milieus gegeneinander auszuspielen. Wir stellen die gemeinsamen Interessen und die gemeinsame Mobilisierung für soziale Ziele in den Mittelpunkt. Der Marktgläubigkeit der herrschenden Politik setzen wir unsere Forderung nach Stärkung von öffentlichen Investitionen und öffentlichem Eigentum entgegen – für uns ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte. Wir verbinden konsequenten Klimaschutz mit sozialen Garantien. Der Umbau der Wirtschaft muss mit den Beschäftigten und in ihrem Interesse erfolgen – deshalb streiten wir für eine Stärkung der Gewerkschaftsrechte, für mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie. Wir stellen uns überall gegen Imperialismus und Krieg, gegen die völkerrechtswidrige russische Invasion der Ukraine wie gegen völkerrechtswidrige Interventionen der NATO und ihrer Verbündeten. Wir wenden uns gegen Aufrüstung und Rüstungsexporte und kämpfen für Abrüstung, Deeskalation und zivile Alternativen zum militärischen Tunnelblick. Und wir stehen für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten,

für den Schutz von Geflüchteten und Grundrechten – und eine klare Kante gegen rechts, gegen Rassismus, Sexismus, Transfeindlichkeit und Faschismus.

Die Ampelkoalition ist zerstritten und blockiert sich selbst. Im Ergebnis droht eine massive Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nach rechts. Umso wichtiger ist es, dass wir der Bedrohung von rechts eine klare linke Alternative entgegenstellen. Wir haben dieses Jahr noch zwei Landtagswahlen in Hessen und Bayern und nächstes Jahr die Europawahl, die Kommunalwahlen und die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, vor uns. Diese bereiten wir mit aller Kraft vor. Darauf wollen wir uns gemeinsam konzentrieren. Es gilt das lähmende Gegeneinander, die öffentlichen Diffamierungen und politischen Blockaden zu überwinden. Damit aus unserer LINKEN in all ihrer Verschiedenheit wieder eine geeinte LINKE werden kann. Das gebietet der Respekt gegenüber unseren Mitgliedern, das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig. Wir brauchen eine starke LINKE in den sozialen Auseinandersetzungen. Stark sind wir aber nur, wenn sich niemand in der Partei schwach fühlt. Das nehmen wir ernst, nur so werden wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung als sozialistische Partei in Zeiten schwerer Krisen gerecht.

Kommentar von Bianca Görke (OV Staßfurt) und Reiner Jaluschka (OV Elsaland)

Zum Thema: Unsere Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!

Mit dem Beschluss vom 10. Juni 2023 unter der Überschrift „Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!“ führt sie meiner Meinung nach durch ihr Handeln bereits den Titel des Beschlusses ad absurdum. Mit Abschluss und der Schuldzuweisung befeuert sie in einer verantwortungslosen Weise die Spaltung und eben nicht den Erhalt der Partei Die Linke und schon gar nicht als plurale, sozialistische Partei. Seit Jahren arbeitet sich eine Gruppe innerhalb der Partei an Sahra Wagenknecht ab und hat für jede Wahlniederlage eine Schuldige parat. Dies alles geschah lange vor der Buchveröffentlichung, vor den Ideen der Bewegung „Aufstehen“, dem Ukrainekrieg und sonstigem. In einer Zeit, wo es eine starke Linke in Deutschland braucht, die sich der realen Probleme und Sorgen der Menschen annimmt, gibt es anscheinend keinen größeren Handlungsbedarf, als sich um Personalfragen zu kümmern. Tatsächlich

werden die Lebensleistungen der Ostdeutschen nach wie vor nicht anerkannt, die Real-löhne halten nicht stand mit der Inflation, die Energie- und Lebenshaltungskosten steigen immer weiter und es wird im Bundestag über die Möglichkeit des vereinfachten Namenswechsels debattiert. Das versteht doch kein normaler Mensch mehr. Die Partei DIE LINKE wird nur noch als zerstrittenes Häuflein von Pseudo-Intellektuellen mit einem Hang nach Randthemen wahrgenommen. Auch diese Probleme sind wichtig, aber dürfen doch nicht zu Kernthemen werden. Eine klare Haltung zu Frieden, Diplomatie und ein Nein zu Waffenlieferungen indes kann man sich nicht abringen und fällt so in den Trott der regierenden Parteien. Eine wahrhaftige Alternative für die Menschen wäre hier ihrem Profil als linke Arbeiter- und Friedenspartei gerecht zu werden. Die jetzige Politik benötigt ein starkes Korrektiv und nicht ein Blasen in das gleiche Horn, nur eben noch ein wenig grüner oder sozialde-

mokratischer. Damit macht sich die PdL ohne Not überflüssig und austauschbar. Die wissenschaftliche Lehre wird außer Acht gelassen, grundsätzliche Kritik am System des Kapitalismus findet kaum noch statt. Ich bin in die Partei eingetreten um die Verhältnisse für die Menschen zu ändern und nicht um Menschen umzuerziehen. Ausgrenzung anderer Meinungen und die Selbstverleugnung der früheren Werte werden dazu führen, dass noch weniger ihr Kreuz bei der Partei machen. Aus dem Landesvorstand und der Fraktion im Landtag konnte ich entnehmen, dass nur wenige kompetente Leute gewillt sind, sich einer neuen Partei anzuschließen. Ich halte auch diese Feststellung für einen großen Irrtum, denn ich höre von vielen Genossinnen und Genossen bzw. anderen Weggefährten, dass sie nur auf einen entsprechenden Ruf warten und ich nehme mich da ausdrücklich nicht aus.

Spaltung - Bis dass der Tod uns scheidet

Tim Biermordt, stellv. Kreisvorsitzender

Nun kam der Tag, von dem viele Funktionäre bangten. Die Genossin Sahra Wagenknecht wurde vom Parteivorstand dazu aufgefordert ihr Mandat abzugeben. Der Grund dafür ist die fehlende Distanz zur Gründung einer neuen Partei. Welches in erster Linie ein völlig logischer Grund ist, denn schließlich wurde sie über die List der Linken NRW in den Bundestag gewählt. Seit Anfang des Jahres ließ sie die Frage regelmäßig offen und spekulierte ein wenig darüber. Unser Bundesvorstand hatte ihr dazu eine Frist gesetzt, sich von diesem Vorhaben zu distanzieren. Dieser Frist kam sie nicht nach, weswegen der Bundesvorstand nun am Zug war. Bei einer Pressekonferenz fiel dann das Zitat: „Die Zukunft der Linken [sic!] ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.“ Für einige erstmal eine Wucht, für andere eine große Aufatmung. Schließlich ging dieser Konflikt schon viel zu lange, länger als es wir uns leisten konnten. Immer wiederkehrende Stänkerei ihrerseits gegenüber der Partei. So zum Beispiel die Veröffentlichung ihres Buches „Die Selbstgerechten“ im Superwahljahr 2021. Aber auch die Friedensdemo kurz vor der Wiederholungswahl in Berlin, am Anfang des Jahres. Also immer dann, wenn es wichtig für uns wurde. Natürlich könnte man jetzt von dummen Zufällen sprechen, aber dafür ist das Muster zu deutlich. Auch nach dem Auftakt zum hei-

ßen Herbst in Leipzig. Dort sprach sie davon, dass die Bundesregierung einen „Wirtschaftskrieg gegen Russland“ vom Zaun gebrochen habe. So sehr wie mir diese Regierung nicht passt, ist diese Behauptung allerdings weitergeholt. Einige Tage später bezeichnete sie die Grünen als „derzeit auch die gefährlichste Partei, [...] aktuell im Bundestag [...]“. Bei aller Unsympathie gegen die Grünen, ist dies schlichtweg einfach falsch. Ich schließe mich in dieser Sache dem an, was unser Jan dazu auf Twitter schrieb. „Für die Grünen habe ich wenig Sympathie, weiß jeder. Aber in einem Parlament, in dem Faschisten sitzen, die Grünen als größte Gefahr darzustellen, ist dermaßen drüber und verharmlost die Gefahr von Rechts, @SWagenknecht. Voll daneben.“

Jan Korte, am 21. Oktober 2022 via Twitter

Denn eine Partei, in der aktiv vorbestrafte Rechtsextreme beschäftigt werden, ist definitiv gefährlicher als eine grün-kapitalistische. Nicht zu vergessen sind die unzähligen Versuche verschiedener Funktionäre, den Konflikt zu schlicht. So zum Beispiel Tobias Bank (Bundesgeschäftsführer), Dr. Gesine Lötsch (MdB, Direktmandat Berlin-Lichtenberg) und Dr. Gregor Gysi (MdB, Direktmandat Berlin-Treptow-Köpenick. Gerade letzter genannter Genosse Gysi erwies immer wieder die Ausdauer und war zuletzt als Hauptschlichter

beauftragt worden. Dennoch vergebens. Die Fristen sind verstrichen, es wurde beschlossen und nun dreht sich die Zeitachse weiter. Ich bin mir in der Abspaltung ziemlich sicher. Doch wem nützt die Abspaltung von Sahra? Naja, nachdem die Initiative „Aufstehen“ 2018 schon gescheitert ist, wird aller Wahrscheinlichkeit auch ein Konkurrenzprojekt scheitern. So weit lehne ich mich aus dem Fenster. Wir werden womöglich einige Einbußen einstecken müssen und uns nochmal aufbäumen. Aber totgesagte leben länger, das hat auch schon die SPD bewiesen. Natürlich ist mir eine geeinte Linke lieber als eine Spaltung, aber darumkommen werden wir nicht mehr. Doch aus dieser bevorstehenden Krise können wir neue Kraft schöpfen und uns aufbäumen.

Doch bin ich es allerdings sehr leid mittlerweile, mich für Aussagen von Sahra Wagenknecht und ihren Verbündeten zu rechtfertigen. Denn viel zu lange schon wird dieser Kampf auf dem Rücken der Basis ausgetragen.

Bei einer Eheschließung heißt es oftmals „Bis dass der Tod uns scheidet.“ und dennoch kommt es häufiger vor, dass sich die Eheleute selbst wieder scheiden. So ist es vielleicht besser, wenn sich die Wege von Sahra und der Partei trennen.

Verabschiedung von Jan Korte als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion

Henriette Krebs, Kreisvorsitzende

Am 15. Juni war es so weit, dass sich unser Bundestagsabgeordneter Jan Korte im feierlichen Rahmen gleichermaßen von seinen politischen Gegnern und Weggefährten aus seiner Funktion als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer (PGF) der Bundestagsfraktion DIE LINKE verabschiedete. Er gab damit bekannt, dass er bei den turnusmäßigen Neuwahlen seiner Fraktion im Herbst 2023 nicht mehr für dieses Amt zur Verfügung stehe.

Seit 2005 ist Jan Mitglied des Deutschen Bundestages, war von 2013 bis 2015 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und seit Oktober 2017 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Er war mit den PGFs der anderen Fraktionen dafür verantwortlich, dass die Plenarsitzungen möglichst reibungslos abliefen. Das geschah zumeist hinter den Kulissen und in Absprache mit den Amtskollegen aus den anderen Fraktionen. Laut Funktionsbeschreibung des Deutschen Bundestages treten PGFs „[...] eher selten ans Rednerpult. Wenn, dann ist es ein Zeichen dafür, dass Einvernehmen über den Ablauf der Tagesordnung nicht hergestellt werden konnte.“

Jan Korte ließ sich nicht auf diese Rolle

reduzieren, sondern teilte auch zu anderen Anlässen mächtig aus, etwa als er die Selbstbedienungsmentalität der AfD-Fraktion anprangerte: „Also ausgerechnet die Truppe, die auf Fraktionssitzungen mehrere zehntausend Euro für Schnittchen und Mettigel rausballert, sich hier moralisch als integer dar, das ist nicht schlecht.“ Oder als er jüngst den Antrag der Ampel zur Wahlrechtsreform, als „größten Anschlag seit Jahrzehnten auf das Wahlrecht als entscheidenden Grundpfeiler der parlamentarischen Demokratie“ anprangerte. Die Koalition eliminierte mit dieser Reform die beiden Oppositionsparteien DIE LINKE und CSU praktisch politisch aus dem Bundestag und Millionen von Wählerstimmen hätten künftig kein Gewicht mehr im Deutschen Bundestag, kritisierte Jan den Vorstoß der Ampel. Der Antrag wurde letztendlich beschlossen, aber noch hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nicht entschieden, ob dieser auch verfassungskonform ist. Diese Entscheidung gilt es nun abzuwarten.

Auch wenn unser Bundestagsabgeordneter Jan Korte künftig kein PGF mehr sein wird, so wird er, wie der von ihm zum Schluss der Rede zitierte Che Guevara, weiterhin gegen

Ungerechtigkeit kämpfen und gewiss werden wir ihn als kulturpolitischer Sprecher und Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE auch künftig am Rednerpult des Deutschen Bundestages erleben.



v.l. Henriette Krebs, Jörg Lemmert, Jan Korte u. Matthias Schütz; Foto: privat

„Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegen jeden Menschen an jedem Ort der Welt im Innersten zu fühlen. Das ist die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs.“ Che Guevara

75 Jahre Friedensfahrt Kleinmühlingen

Klaus Magenheimer, OV Staßfurt

Die Tradition der Friedensfahrt lebt und dies aus einem Grund – dem unermüdlichen Wirken der Engagierten rund um das Radsportmuseum Course de la Paix in Kleinmühlingen. Horst Schäfer ist es im beschaulichen Kleinmühlingen gelungen die Besucher in die einstige große Welt der Friedensfahrt eintauchen zu lassen. Unzählige Fotos, Trikots, Filme, Bücher und nicht zuletzt Räder kann man hier bestaunen. Zum 75. Jubiläum der Friedensfahrt ist es wieder gelungen die einstige

Elite der Tour nach Kleinmühlingen zu holen. Viele ehemalige Fahrer, aber auch Freunde der Friedensfahrt lockte es am Herrentag zum Museum. Die niederländischen Fahrer brachten wie jedes Jahr ein weiteres Rad für die Mehrung des Museumsschatzes mit. Gudrun Schäfer backte ihren legendären Kuchen und war maßgeblich für die gute Stimmung verantwortlich. Aber auch die anderen Mitglieder des Vereins ver- und umsorgten sowohl Fahrer als auch die zahlreichen Besucher.

Auch das mdr Fernsehen war bei diesem Highlight präsent und interviewte neben Täve und Horst Schäfer auch weitere Radsportgrößen. Für die Kreistagsfraktion Die Linke im Salzlandkreis war es ein guter Anlass um aus dem Solidarfond eine Spende in Höhe von 250,00 € zu überreichen. Dankend nahm Horst Schäfer stellvertretend diese Spende, überbracht von Bianca Görke und Klaus Magenheimer, entgegen.



Bianca Görke und Klaus Magenheimer überreichen den Scheck an Horst Schäfer; Foto: privat



Horst Schäfer im blauen Trikot; Foto: privat

Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

von Tim Biermordt, Praktikant im Wahlkreisbüro

Dass eine Busfahrt witzig ist, gilt nur so lange, bis man 4.30 Uhr aufstehen muss, damit man die Abfahrt pünktlich bekommt. Man will ja allerdings nicht meckern. Denn die Fahrt nach Berlin verlief erstaunlich entspannt. Auch dank unserem Busfahrer Friedel, welcher sich später wacker durch die Berliner Innenstadt kämpfte.

Jedenfalls kamen wir fast überpünktlich in Berlin an und sammelten unsere BPA-Betreuerin Susanne ein. Daraufhin ging es dann auch schon zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, wo allerdings das Zeitfenster viel zu kurz war, um alles auf sich wirken zu lassen. Im Anschluss ging es nämlich zum Mittagessen im Humboldt-Forum. Für die Reiseteilnehmenden gab es Königsbergerklopse mit Kartoffellbrei oder Dattel-Hirse-Bällchen in einer Soja-Gemüsesoße.

Das Humboldt-Forum befindet sich im Neubau des Berliner Schlosses. Also an der Stelle wo früher Palazzo Prozzo, Erichs Lampenladen, Erichs Datsche am Kanal oder einfach nur Palast der Republik stand. Es ist mir bis heute ein Rätsel, wieso dieses Preußen Schloss so viel besser sein soll.

Jedenfalls ging es danach ins Deutsch

Historische Museum, wo wir uns dann die Ausstellung „Roads not taken – Oder: Es hätte auch anders kommen können“ angesehen haben. Die Besonderheiten bei dieser Ausstellung sind der Rückwärtsverlauf also von 1989 bis 1848 und das Aufzeigen von anderen Optionen, welche hätten eintreten können. Eine sehr spannende Ausstellung und für 6EUR pro Person wirklich empfehlenswert. Tatsächlich die einzige Station wo wir selbstzahlen mussten für den Eintritt. Allerdings wie ähnlich beim Denkmal ein zu kleines Zeitfenster. Auf das Museum folgte eine 2-stündige Stadtfahrt orientiert an pol. Gesichtspunkten. Zugegeben fand ich diesen Teil sehr langweilig, denn Berlin spielt in der moderneren deutschen Geschichte ja eine nicht unwesentliche Rolle.

Nach der Stadtrundfahrt ging es dann Richtung Hotel. Später am Abend gab es dann noch ein Wiedersehen mit unserem ehem. Kreisvorsitzenden Genosse Jörg Lemmert.

Der nächste Tag begann mit dem Frühstück und Check-Out im Hotel. Dann auch schon direkt in den Bundesrat. Dort gab es dann einen Einblick in die Arbeitsweise der

zweiten Kammer und über die Geschichte des preußischen Herrenhauses. Dann war auch schon wieder Zeit fürs Mittagessen. Dieses Mal im Berlin Pavillon, welcher gegenüber vom Bundestag liegt. Nachdem Mittagessen stand die Diskussion mit Jan an, welche im Paul-Löbe-Haus stattfand. Durch den Sicherheitscheck direkt in den Seminarraum. Die Diskussion mit Jan war vielfältig und hatte eine lockere Stimmung. Danach noch ein Foto und ab in den Reichstag, wo wir einem Vortag über die Bauhistorie des Reichstages lauschten. Im Anschluss dann noch hoch aufs Dach zur Kuppel. Ich für meinen Teil verweilte auf dem Dach. Meine Höhenangst war an diesem Tag zu groß, um noch auf die Kuppel zu gehen. Gegen 16.30 Uhr sammelten sich dann alle Teilnehmenden wieder am Bus und es wurde noch eine Umfrage des Bundespresseamtes ausgefüllt.

Unser Friedel setzte dann vollen Kurs in Richtung Sachsen-Anhalt. Gegen 21.40 Uhr erreichte der Bus dann Aschersleben. Wo die Reise für mich an dieser Stelle zu Ende war. Ich kann allen Interessierten empfehlen mal so eine Fahrt mit zu machen.



Die Reisegruppe mit Jan Korte; Foto: privat

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren herzlich den Juni-Geburtstagskindern

Zum 98. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 93. Geburtstag
Margit Keller

Zum 87. Geburtstag
Dr. Gerhard Wahl

Zum 84. Geburtstag
Helmut Müller

Zum 80. Geburtstag
Wolfgang Haberstroh

Zum 75. Geburtstag
Manfred Bölke
Herbert Meyer

Zum 70. Geburtstag
Nora Schneider

Zum 65. Geburtstag
Jörg Mathias



picture designed by kumako23/ Freepik

Allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes gratulieren wir ebenfalls!

Bei jeder unserer Aktionen benötigen wir freiwillige Helfer*innen bzw. Unterstützer*innen und wir würden uns freuen, euch zahlreich begrüßen zu können.

Mailverteiler des Kreisverbandes

Ergänzend zur LINKEN Zeitung gibt es 2 bis 3 Mal im Monat Informationen zu aktuellen Entwicklungen per Mail. Bei Interesse am Mailverteiler des Kreisverbandes schickt uns bitte eure Mail-Adresse an dielinke-slk@t-online.de

**Ihr wollt die Partei unterstützen? Auch kleine Beträge sind uns stets willkommen: Spenden unter „DIE LINKE“ auf folgendes Konto:
IBAN: DE08 800 555 000 370 044 231
Vielen Dank für Eure Unterstützung im Voraus!**

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Am 6. Juli findet von 14 bis 16 Uhr der Kaffee mit Links im Bürgerbüro Schönebeck (Pfännerstraße 9) statt.

Der Ortsverband Region Bernburg lädt am 10. Juli um 10 Uhr zum Frühstück mit Links ein - Bürgerbüro Bernburg.

Der Ortsverband Aschersleben lädt am 10. Juli um 15 Uhr zum Kaffee mit Links ein - in der Oststraße 5, LinksTreff, in Aschersleben.

Die Sitzung des Kreisvorstandes findet am 16. August im Staßfurter Büro (Löderburger Str. 94) ab 18 Uhr statt.

Das Sommerfest des Kreisverbandes Salzlandkreis findet am 15. September ab 15 Uhr am Bürgerbüro Bernburg statt.

Die Zeitung braucht noch bessere Inhalte?! Dann sendet uns bitte Artikel aus der Region des Salzlandkreises zu.

*Den Kontakt findet ihr im roten Kasten unten.



picture designed by mastiaevector/ Freepik

Asylrecht verteidigen

Flucht ist kein Verbrechen

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Andreas Schneidewind (V.i.S.d.P),
Andreas Braun
Klaus Magenheimer
Ernst-Hermann Brink
Henriette Krebs

Satz + Layout:
Juliane Bäse

Druck: WIRMACHENDRUCK

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 03. August 2023.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 15. Juni 2023.

Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf:
www.dielinke-salzlandkreis.de